

Erfolgsmodell Schweiz? Das gibt es nur noch in den Köpfen

Eine neue Studie zeigt, was viele Selbständige längst wissen: Die Vergesellschaftung der hiesigen Wirtschaft ist weit gediehen



René Scheu

Wenn es um die wirtschaftliche Lage der Schweiz geht, dominieren zwei Diskurse. Der eine, europäisch kompatibel, läuft so: Die Schweiz steht im Banne von Globalisierung, Deregulierung und Privatisierung; auch hierzulande herrscht der Primat der Ökonomie, die Politik überspielt bloss ihre eigene Ohnmacht. Es sind die Gewerkschaften, die Sozialdemokraten aller Parteien und die sich als progressiv verstehenden Journalisten, die diese Version feilbieten. Ihnen stehen jene gegenüber, die den Status quo mit Zähnen und Klauen verteidigen. Sie verstehen sich als anwaltschaftliche Vertreter der Wirtschaft, sprechen obsessiv vom «Erfolgsmodell Schweiz», verweisen auf die marktwirtschaftliche Ordnung und die unternehmerfreundliche Grundstimmung als Bastion gegen die Avancen politisch-zentralistischer Einflussnahme.

Wer hat recht? Recht hat zunächst niemand, denn die Verfechter beider Positionen sind sich in

ihrem Grundbefund einig: Es gibt so etwas wie eine helvetische Marktwirtschaft, einen liberalen Arbeitsmarkt und einen schlanken Staat mit tiefer Fiskalquote. Der Unterschied ist, dass die einen bewahren möchten, was die anderen gerne umkrempeln würden.

Die Unternehmer wissen hingegen aus ihrem Alltag, dass das «Erfolgsmodell Schweiz» vor allem ein diskursives Phänomen darstellt. Die Gegenüberstellung von Staat und Markt ist obsolet. Der Staat ist nicht «das kälteste aller kalten Ungeheuer» (Nietzsche), sondern der stille unscheinbare Dritte, der den Unternehmern in allen wirtschaftlichen Transaktionen über die Schultern schaut - geschmeidig, allumfassend, totalregulierend.

Diesen staatlichen Fussabdruck vermisst eine neue Studie des Wirtschaftsverbands Economiesuisse. «Staat und Wettbewerb» - der Titel klingt brav, die Zahlen jedoch entfallen eine entzaubernde Wirkung. Sie bestätigen, woran sich mancher Selbständige und Mittelständler täglich reibt: an der Omnipresenz des unscheinbaren Dritten. Als Preissetzer, als Auftraggeber, als Eigentümer, als Arbeitgeber und natürlich als Steuereintreiber. Hier die Resultate der Studie: 30 Prozent aller Preise sind direkt staatlich administriert, über 50 Prozent indirekt. Die öffentliche Hand ist mit 36 Milliarden Franken Auftragsvolumen grösster Kunde. Ein Fünftel der gesamten Vermögenswerte gehört dem Staat (500 Milliarden Franken). Rund



Mit Wirtschaftsfreiheit hat das helvetische System nur noch am Rande zu tun.

ein Drittel der Erwerbstätigen arbeitet direkt beim Staat oder in einem staatlich dominierten Betrieb. Die Quote an Zwangsabgaben beträgt in der Schweiz zurückhaltend gerechnet 43 Prozent - der Private darf also grosszügigerweise über gut die Hälfte seines Einkommens frei verfügen.

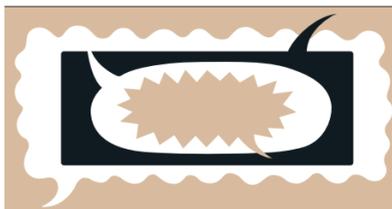
Gesundheits- und Sozialwesen, Bildung, Landwirtschaft, öffentlicher Verkehr, Post, Rundfunk, Energie - diese und andere Branchen sind de facto längst staatlich gelenkte Industrien. Marxisten nannten dies einst treffend Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsweise.

Gemäss Verfassung hätten sich «Bund und Kantone an den Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit» zu halten - Abweichungen wären mithin begründungspflichtig. Theoretisch. Denn mit Wirtschaftsfreiheit - also mit Wettbewerb, freier Preisbildung und Konsumentensouveränität - hat das helvetische System nur noch am Rande zu tun. Begründungspflichtig sind heute nicht die Eingriffe in den Markt, sondern die letzten Nischen freier privatwirtschaftlicher Aktivität. Wer in einer solchen vergesellschafteten Wirtschaft Erfolg haben will, darf den unscheinbaren Dritten nie aus den Augen verlieren. Nie. Sonst bekommt er knallhart zu spüren, was dessen anwaltschaftliche Vertreter unter Wirtschaftsfreiheit verstehen.

René Scheu ist Philosoph und Herausgeber des liberalen Magazins «Schweizer Monat».



ILLUSTRATION: CARLOPP



Showdown

Pascal Hollenstein

Die Frage, ob sich die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) im Vorfeld der zweifachen Kindstötung in Flaach korrekt verhalten hat, wird auch auf unserem Lieblingsmedium Twitter eifrig erörtert. Zahlreiche feinfühlig Mitbürger haben auf dieser Plattform in wohlwogenen Worten ihre Besorgnis geäussert und konstruktive Anregungen zur Versachlichung der Debatte eingebracht. Die Vorschläge reichen von der öffentlichen Auspeitschung der Kesb-Mitarbeiter bis zu deren physischen Elimination. Auch die Staatsanwaltschaft hat sich nun indirekt an den interessanten Gesprächen beteiligt und angekündigt, besonders engagierte Voten im Rahmen von Strafverfahren zu würdigen. Dieser demokratische, offene Diskurs zwischen Bürgern und Behörden auf allen Ebenen stimmt uns optimistisch. Er belegt, dass die elektrische Vernetzung des Demos zweifellos als zivilisatorischer Fortschritt in einem Prozess gewertet werden muss, an dessen Ende sich jeder - gleich welchen Standes - mobil oder am PC Schlötterlich anhängen darf, um sich hinterher vor Gericht strukturiert auseinanderzusetzen. Nichts zeigt unseres Erachtens besser, dass das weltweite Netz die Menschheit weiterbringt. Kulturpessimisten mögen nun einwenden, es handle sich *in casu* gar nicht um eine Debatte, sondern um einen Shitstorm. Das mag sein. Doch ist es nicht gerade die Vielzahl *fäkaler tempesta*, welche - diskursanalytisch schwadroniert - die weltweit vernetzte Schwarmintelligenz zu Erkenntnissen führt, die ein Einzelner vor dem Bildschirm seines Elektrogenhirns sitzend zu erlangen sich nie imstande sähe? Zum Beispiel zu dieser: Das sogenannte Internet wurde von gelangweilten Staatsangestellten erfunden. Nach reiflicher Prüfung zeigt sich, dass es im Grunde überflüssig ist. Man kann es wieder abstellen.

TV-Kritik Von Regula Freuler

Die Optik stimmt, aber die Dialoge tönen oft wie Versli für den Samichlaus

Der Bestatter

SRF1, 6. Januar, 20 Uhr 05

Budgets für einzelne Sendungen von SRF zu ermitteln - das wäre mal ein Fall für den Bestatter (Mike Müller) und seine Polizistin (Barbara Terpoorten). Wie viel bei der Krimiserie wohl für die Vermarktung draufgeht? Das fragt man sich mit Blick auf deren Website: Quiz, Live-Chat, Videos, Interviews, Set-Bericht, themennahe Beiträge anderer SRF-Ressorts, Rezepte des verfresenen Bestatters zum Nachkochen... Aber der Staatssender hütet seine Budgetzahlen wie ein Staatsgeheimnis. Nicht so die Quoten: 913 000 schauten beim Auftakt der dritten Staffel (Buch: Dominik Bernet, Claudia Pütz) zu. Das ist neuer Rekord für die schon früher erfolgreiche Serie und ergibt einen Marktanteil von 46,3 Prozent.

Es beginnt mit einem «aussergewöhnlichen Todesfall», kurz: agT, wie «Bestatter»-Zuschauer schon früher erklärt bekommen haben. Eine Golftasche mit einer Frauenleiche drin wird aus dem Hallwilersee gefischt. Praktischerweise liegt das Portemonnaie mit dem Personalausweis dabei. Die Schöne war Putzhilfe mit Bildungsambitionen und einem eifersüchtigen Ehemann. War er es? Oder ihr Nachhilfelerhrer? Oder doch die Kokainnase vom Golfklub? Rasend spannend oder vertrackt



Leichenfund im Hallwilersee: Der Bestatter und seine stets etwas begriffsstutzige Polizistin machen sich an die Arbeit.

ist der Fall nicht gerade. Die Polizistin ist weiterhin schwer von Begriff, die Dialoge klingen noch oft wie Samichlaus-Sprüchli-Aufgaben. Und der Prolog mit dem andert-halbminütigen Rückblick im TGV-Tempo ist eher verwirrend denn hilfreich. Die meisten Punkte bekommt die Optik: Wie es sich für eine Cop-Serie gehört, besitzt sie die richtige Portion Dreck, angereichert mit witzigen Grufti-Motiven, die der Assistent des Bestatters liefert.

Einen herben Verlust muss man mit dem Wiener Pathologen Semmelweis (Martin Ostermeier) hinnehmen. Der war doch so wunderbar mürrisch, sein Humor staubtrocken. Aber weil er in der letzten Staffel ins Koma geschossen wurde, muss er jetzt den Traumatisierten spielen. Startt ins Metronom, verirrt sich beim Betrachten der Leichen gedankenverloren im Satz. Hoffentlich erwacht Semmelweis auch wieder aus diesem Koma.

Grenzerfahrung

Im Wahlfieber



Marina Masoni

Gleich nach den Feiertagen ist das Tessin in die heisse Phase der Kantonalwahlen vom kommenden 19. April eingetreten, deren Ausgang äusserst unsicher ist. Die Ernüchterung über die Parteien ist gross. Viele Beobachter prophezeien einen massiven Anstieg der leeren Listen: Schon vor vier Jahren wählten 13,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler parteilos für den Staatsrat, gar 15,7 Prozent taten es für den Grossrat.

Der grösste Unsicherheitsfaktor bei den Wahlen ist der fünfte Sitz im Staatsrat, der im Proporz gewählt wird. 2011 hatte die Lega dei Ticinesi zwei Mandate erobert, die FDP ging von zwei auf einen Sitz zurück, während CVP und SP jeweils ein Mandat behielten. Wie wird es im April ausgehen? Die Lega steigt zum ersten Mal seit ihrer Gründung ohne den 2013 verstorbenen Giuliano Bignasca ins Rennen und ohne Marco Borradori, der Stadtpräsident von Lugano geworden ist. Wird sie die beiden Sitze halten und stärkste Partei bleiben?

Zweifellos wird das Seilziehen zwischen der Lega und der FDP die Wahlen dominieren. Das Zünglein an der Waage könnte dabei die neue Formation «La Destra» (die Rechte)

sein, der Zusammenschluss von der SVP (mit Nationalrat Pierre Rusconi) und zwei kleinen Parteien (Area Liberale und EDU). 2011 war die SVP nicht für die Regierung angetreten. Wem wird die Destra mehr Stimmen entziehen, der Lega oder der FDP? Die Lega kann auf die Magnetwirkung der beiden bisherigen Regierungsräte Norman Gobbi und Claudio Zali zählen, die beide wieder kandidieren. Die FDP hingegen präsentiert sich mit fünf neuen Gesichtern, da die amtierende Laura Sadis, unter anderem aufgrund von Differenzen mit ihrem Parteipräsidenten, nicht mehr antritt. Das Rennen ist offen. Die CVP präsentiert eine Kampfliste mit dem bisherigen Paolo Beltraminelli und Nationalrat Fabio Regazzi, was einen spannenden Wahlkampf verheisst. Sehr schwach ist hingegen die Liste der SP. Regierungsrat Manuele Bertoli wird von vier chancenlosen Aussenseitern flankiert. Bei den Sozialisten wird ein weiterer Wählerschwund befürchtet, wie vor zwei Jahren bei den Kommunalwahlen von Lugano.

Eine Unbekannte gibt es noch: die Grünen unter Sergio Savoia, der locker mit grünen, linken und rechtspopulistischen Themen jongliert. Die Ausgangslage bilden die Resultate von 2011 für den Staatsrat: Die Lega erzielte damals 29,8 Prozent, die FDP 24,9 Prozent, die CVP 19,9 Prozent und die SP 16,3 Prozent. Die nicht in der Regierung vertretenen SVP und EDU kamen im Grossrat auf 5,4 Prozent Wähleranteil. Bleibt das so, oder kommt es zu einem kleinen Erdbeben?

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.